



Detailansicht des Registereintrags

DGA Group Deutschland GmbH (vormals Dentons Global Advisors Deutschland GmbH)

Stand vom 05.08.2025 18:58:17 bis 29.09.2025 13:56:19

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Registernummer:	R002432
Ersteintrag:	01.03.2022
Letzte Änderung:	05.08.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	28.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Beratungsunternehmen, selbständige Beraterin oder selbständiger Berater
Kontaktdaten:	<p>Adresse: c/o Regus Rahel-Hirsch-Straße 10 10557 Berlin Deutschland</p> <p>Telefonnummer: +49302888290 E-Mail-Adressen: germany@dentonsglobaladvisors.com heiko.weiss@dgagroup.com berlin@dgagroup.com Webseiten: https://www.dgagroup.com</p>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

90.001 bis 100.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

0,82

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Dipl.-Volksw. Heiko Weiß**

Funktion: Geschäftsführer (alleinvertretungsberechtigt)

2. Edward J. Reilly

Funktion: Chief Executive Officer

3. Heather Klink

Funktion: General Counsel

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (8):**1. Björn Sackniew****2. Vincenz Ruschemeier****3. Heiko Weiß****4. Christiane Franziska Siron****5. Marcel Hermann****6. Vincent Oliver William Dunn****7. David Morgen****8. Dipl.-Volksw. Heiko Weiß****Mitgliedschaften (3):**

1. Wirtschaftsforum der SPD e.V.

2. Wirtschaftsrat der CDU e.V.

3. Forum für Zukunftsenergien e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche**Interessen- und Vorhabenbereiche (44):**

Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"; Parlamentarisches Verfahren; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; Fossile Energien; Sonstiges im Bereich "Energie"; EU-Gesetzgebung; Gesundheitsversorgung; Pflege; Cybersicherheit; Lebensmittelsicherheit; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Kommunikations- und Informationstechnik; Asyl und Flüchtlingsschutz; Ausländer- und Aufenthaltsrecht; Integration; Migration; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration"; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Politisches Leben, Parteien; Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen";

Tourismus; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Luft- und Raumfahrt; Personenverkehr; Straßenverkehr; Verkehrspolitik; Sonstiges im Bereich "Verkehr"; Bundeswehrangelegenheiten; Rüstungsangelegenheiten; Verteidigungspolitik; Automobilwirtschaft; E-Commerce; Handel und Dienstleistungen; Verbraucherschutz; Wettbewerbsrecht

Die Interessenvertretung wird ausschließlich im Auftrag Dritter selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die DGA Group (vormals Dentons Global Advisors (DGA)) ist ein weltweit tätiges Beratungsunternehmen für Public Affairs, Government Relations und strategische politische Kommunikation. Die DGA Group bietet integrierte, multidisziplinäre Beratung und Unterstützung für Kunden an, die vor komplexen regulatorischen, rechtlichen, reputationsbezogenen, finanziellen und geopolitischen Herausforderungen stehen.

Der Berliner DGA-Standort ist Teil eines globalen Beratungsnetzwerkes, das Kunden integrierte Lösungen in einem komplexen regulatorischen Umfeld anbietet. Dabei arbeitet das Berliner Büro eng mit über 350 Kolleginnen und Kollegen in über 45 Ländern zusammen. In Märkten, in denen die DGA Group nicht mit einem eigenen Büro vertreten ist, arbeiten wir eng mit Partneragenturen zusammen. So gelingt es der DGA Group, über 80 verschiedene Länder und Märkte abzudecken.

In Deutschland berät die DGA Group Großunternehmen, Klein- und Mittelständische Unternehmen, Verbände, und Institutionen im Rahmen der politischen Kommunikation. Dabei bietet die DGA Group ein weites Spektrum der Unterstützung im politischen Raum an. Dazu gehören unter anderem klassische Public Affairs – Maßnahmen, politische Analyse von Gesetzgebungsprozessen und Entwicklungen, strategische (politische) Kommunikation, Positionierung der Kunden im politischen Raum, Reputationsmanagement und Krisenkommunikation. Darüber hinaus ist die DGA Group auf dem Gebiet des Verbandsmanagements (Association Management) tätig. Bei allen strategischen Kommunikationsdienstleistungen steht die DGA Group ihren Kunden als strategischer Sparrings-Partner kompetent zur Seite.

Neben den klassischen Kommunikationsdienstleistungen gehört die Interessenvertretung im politischen Raum ebenfalls zu dem Spektrum der Dienstleistungen der DGA Group. Hierzu gehören die Anbahnung, Organisation und Durchführung von Gesprächen mit politischen Entscheidungsträgern, wie auch die Organisation und Begleitung von politischen Veranstaltungsformaten wie zum Beispiel Round Table - Veranstaltungen, Frühstücksformate, oder Workshops.

Je nach Kunde und Thema ist es das Ziel der Interessenvertretung, den jeweiligen Kunden dahingehend zu beraten und zu unterstützen, ein politisches Netzwerk auf- und auszubauen, um so seine Interessen besser im politischen Raum vertreten zu können.

Konkrete Regelungsvorhaben (15)

1. Änderung des BImSchG zur Umsetzung der Revision der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III)

Beschreibung:

Die EU Richtlinie „RED III“ trat am 20. November 2023 in Kraft und muss innerhalb von 18 Monaten in nationales Recht umgesetzt werden. Die RED III ist eine wichtige Säule bei der Erreichung des EU-Ziels einer Treibhausgasreduzierung von 55% bis 2030. DGA unterstützt Neste bei folgenden Aspekten: a) „35 bis 30“: Ein hohes Ambitionsniveau der THG-Quote von mindestens 35 Prozent bis 2030 als Wegmarke hin zur Klimaneutralität Deutschlands 2045. b) Nachhaltigkeit: Eine vollständige Umsetzung und konsequente Durchsetzung der RED III-Nachhaltigkeitskriterien c) Innovationen: RFNBOs und fortschrittliche Biokraftstoffe differenziert durch jeweils getrennte Unterquoten fördern d) Gesamtheitlich denken: Die Defossilisierung durch die RED III sollte mit weiteren Maßnahmen flankiert werden.

Betroffenes geltendes Recht:

BImSchG [alle RV hierzu]; BImSchV 38 2017 [alle RV hierzu]; Biokraft-NachV 2021 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Luft- und Raumfahrt [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Verkehr" [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]

2. Zulassung von HVO100 durch Aufnahme der DIN EN 15940 in die 10. BImSchV

Beschreibung:

Die Änderung der 10. BImSchV dient der Umsetzung der Richtlinie 98/70/EG über die Qualität von Otto- und Dieselkraftstoffen, zur Änderung der Richtlinie 93/12/EWG (ABL. L 350 vom 28.12.1998, S. 58), die zuletzt durch die Richtlinie (EU) 2023/2413 (ABL. L 2023 /2413, 31.10.2023) geändert worden ist. Es soll paraffinischer Dieselkraftstoff (XTL) aus Synthese oder Hydrierungsverfahren als Reinkraftstoff (HVO100) nach der Norm DIN EN 15940 in die 10. BImSchV aufgenommen werden. Um eine unbeabsichtigte Förderung fossiler paraffinischer Dieselkraftstoffe XTL zu vermeiden, werden diese durch eine zeitgleich erfolgende Änderung des SaubFahrzeugBeschG aus der Anrechnung auf die Erfüllung der dort definierten Mindestziele ausgeschlossen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 621/23 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Beschaffenheit und die Auszeichnung der Qualitäten von Kraft- und Brennstoffen

Zuständiges Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/8295 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetzes
Zuständiges Ministerium: BMDV (20. WP) [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/8647 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des - Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetzes
- Drucksache 20/8295 - Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der
Bundesregierung

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/8819 (Vorgang) [alle RV hierzu]

über die gemäß § 80 Absatz 3 der Geschäftsordnung an die Ausschüsse überwiesenen
Vorlagen - (Eingangszeitraum: 18. September bis 9. Oktober 2023)

Betroffenes geltendes Recht:

SaubFahrzeugBeschG [alle RV hierzu]; BImSchV 10 2010 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Immissionsschutz
[alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Luft- und Raumfahrt [alle RV hierzu];
Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle
RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Verkehr" [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

3. Änderung der THG-Quote und Abschaffung von UER-Maßnahmen durch Novelle der 36.**BImSchV****Beschreibung:**

Mit der Umsetzung der Vorgaben der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (EU) 2018/2001 für den Verkehr wurden ambitionierte Vorgaben für Kraftstoffanbieter bis zum Jahr 2030 festgelegt. Gemäß § 37h Absatz 2 BImSchG wird die THG-Quote ab dem Jahr 2024 und für alle nachfolgenden Jahre um 0,1 Prozentpunkte angehoben. §37h BImSchG erlaubt eine Erhöhung um das 1,5fache der Übererfüllung. Entsprechend unterstützt DGA den Kunden Neste, eine dauerhafte Erhöhung der THG-Quote um 0,15 Prozentpunkte vorzuschlagen. Die Anrechnung von Upstream-Emissionsminderung ist letztmalig für das Verpflichtungsjahr 2024 möglich. Die Begrenzung der Anrechnung von UER-Maßnahmen auf das Jahr 2024 ist im Sinne des mangelnden Innovations- und Investitionsanreizes der aktuellen THG-Quote zu begrüßen.

Referentenentwurf:

Verordnung zur Änderung der sechsunddreißigsten Verordnung zur Durchführung des
Bundes-Immissionsschutzgesetzes (20. WP) (Vorgang) [alle RV hierzu]

Datum der Veröffentlichung: 21.02.2024

Federführendes Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

BImSchV 36 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Immissionsschutz
[alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Luft- und Raumfahrt [alle RV hierzu];
Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle
RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Verkehr" [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

4. Neuregelung der Anrechnung von erneuerbaren Kraftstoffen nicht-biogenen Ursprungs durch Änderung der 37. BImSchV

Beschreibung:

Die Verordnung setzt neue europäische Vorgaben für die Herstellung von flüssigen und gasförmigen erneuerbaren Kraftstoffen nicht biogenen Ursprungs für den Verkehr sowie für die Methode zur Ermittlung der Treibhausgaseinsparungen dieser Kraftstoffe um. Insbesondere werden Anforderungen festgelegt an den bezogenen Strom, der für die Herstellung von flüssigen und gasförmigen erneuerbaren Kraftstoffen nicht biogenen Ursprungs für den Verkehr verwendet wird, sowie an die Methode zur Ermittlung der Treibhausgaseinsparungen dieser Kraftstoffe im Vergleich mit fossilen Brennstoffen. DGA setzt sich für die Anhebung der THG-Quote und des Mindestanteils fortschrittlicher Biokraftstoffe sowie die Anerkennung von RFNBOs als Zwischenprodukt auch für Bioraffinerien (§ 3 Absatz 7) ein.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/9844 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Verordnung zur Neufassung der siebenunddreißigsten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes - (Verordnung zur Anrechnung von strombasierten Kraftstoffen und mitverarbeiteten biogenen Ölen auf die Treibhausgasquote - 37. BImSchV)
Zuständiges Ministerium: BMUV (20. WP) [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/10131 (Vorgang) [alle RV hierzu]

über die gemäß § 80 Absatz 3 und § 92 der Geschäftsordnung an die Ausschüsse überwiesenen Vorlagen - (Eingangszeitraum: 1. Dezember 2023 bis 10. Januar 2024)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/10646 (Vorgang) [alle RV hierzu]

zu der Verordnung der Bundesregierung - Drucksachen 20/9844, 20/10131 Nr. 2 - Verordnung zur Neufassung der Siebenunddreißigsten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes - (Verordnung zur Anrechnung von strombasierten Kraftstoffen und mitverarbeiteten biogenen Ölen auf die Treibhausgasquote - 37. BImSchV)

Betroffenes geltendes Recht:

BImSchV 37 2024 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Fossile Energien [alle RV hierzu]; Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Luft- und Raumfahrt [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Verkehr" [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

5. Energieeffizienzgesetz (EnEfG) - Anpassung und Implementierung der EU Richtlinie

Beschreibung:

DGA unterstützt den Kunden OVHcloud insbesondere darin, dass das Gesetz in den für Rechenzentren relevanten Paragrafen an der EU-Energieeffizienzrichtlinie und dem delegierten Rechtsakt zur EU-Energieeffizienzrichtlinie angepasst wird, um eine Harmonisierung der Vorgaben herzustellen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/6872 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Änderung des Energiedienstleistungsgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

EnEfG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

6. Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie (NIS2UmsuCG)

Beschreibung:

DGA unterstützt den Kunden OVHcloud bei der Ausgestaltung des Entwurfs für ein Gesetz zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie (vormals NIS2UmsuCG) zur ganzheitlichen Stärkung der Cyberresilienz. Dabei liegt ein Schwerpunkt auf den Themen Cybersicherheit bei Rechenzentren, europäische Souveränität und Cyberresilienz im Allgemeinen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 380/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und zur Regelung wesentlicher Grundzüge des Informationssicherheitsmanagements in der Bundesverwaltung (NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMI) (20. WP): Entwurf eines NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetzes (Vorgang)

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/13184 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und zur Regelung wesentlicher Grundzüge des Informationssicherheitsmanagements in der Bundesverwaltung (NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMI) (20. WP): Entwurf eines NIS-2-Umsetzungs- und Cybersicherheitsstärkungsgesetzes (Vorgang)

Betroffenes geltendes Recht:

BSIG 2009 [alle RV hierzu]; BSI-KritisV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Kommunikations- und Informationstechnik [alle RV hierzu]

7. Gesetz zum Implantateregister Deutschland (Implantateregistergesetz - IRegG)

Beschreibung:

DGA setzt sich für die Verbesserung der Versorgungsqualität für Patientinnen und Patienten im Bereich der Orthopädie ein. In diesem Zusammenhang ist die Möglichkeit einer Zusammenarbeit des Endoprothesenregister Deutschland (EPRD) mit dem Implantateregister Deutschland (IRD) ein zentrales Thema mit Vertretern des Bundesgesundheitsministeriums und Abgeordneten des Deutschen Bundestages. Das EPRD strebt hierbei eine Zusammenarbeit mit dem IRD an, um schlussendlich die Versorgungsqualität im Bereich der Orthopädie (Hüft- und Kniegelenke) weiterhin zu verbessern.

Betroffenes geltendes Recht:

IRegG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

8. Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG)

Beschreibung:

DGA setzt sich im Rahmen des Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetzes (KHVVG) generell für die Verbesserung der Versorgungsqualität ein. Dabei stehen folgende Themen im Vordergrund: die Weiterentwicklung fachspezifischer Leistungsgruppen, die stärkere Berücksichtigung der Kinderorthopädie und Kinderunfallchirurgie, die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung sowie Optimierung der Krankenhausstrukturen für die Gewährleistung einer effektiveren und effizienteren Patientenversorgung, die Forderung nach angemessenen personellen, strukturellen und technischen Ressourcen, sowie die Förderung der ärztlichen Aus- und Weiterbildung zur Sicherung der erforderlichen Qualität in der zukünftigen ärztlichen Versorgung.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 235/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG)
Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/11854 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG)
Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/12894 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus und zur Reform der Vergütungsstrukturen (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG) - Drucksache 20/11854 - Stellungnahme des Bundesrates und Gegenäußerung der Bundesregierung

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

9. EU-Digitalpolitik mit dem Fokus auf Implementierung, Wettbewerbsfähigkeit, Benutzerfreiheit**Beschreibung:**

Die EU-Digitalpolitik wird sich nach den Europawahlen auf die Umsetzung zahlreicher neuer Vorschriften konzentrieren. Mit Gesetzen wie DMA, Data Act oder AI Act wurden tiefgreifende Regelungen eingeführt, die das digitale Leben in Europa positiv und stark verändern, insbesondere für den Cloud Markt. Dazu zählen auch die technische Durchführung von GAIA-X, sowie die zukünftige Cybersicherheitszertifizierung von Cloud-Dienstleistungen ("EUUCS") auf EU-Ebene. Die neuen Regeln müssen gegebenenfalls angepasst werden, um die digitale Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft in Europa durch harmonisierten Regeln zu stärken, zu Gunsten der Benutzer und in Bezug auf Datensicherheit, Umweltfreundlichkeit, Innovation, Wettbewerb und Transparenz.

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

10. Revision der Richtlinie (EU) 2015/2302 über Pauschalreisen und verbundene Reiseleistungen und BGB § 651 ff.**Beschreibung:**

DGA unterstützt den Kunden Expedia mit dem Ziel, Vorschläge für verbesserte rechtliche Rahmenbedingungen im Bereich von Pauschalreisen und verbundenen Reiseleistungen zu machen, die Verbraucher zu schützen, einen nachhaltigen Geschäftsbetrieb zu gewährleisten und die weitere Verfügbarkeit von Pauschalreisen sicherzustellen. Dabei setzt sich DGA für eine klare, praktikable Definition von Pauschalreisen und verbundenen Reiseleistungen ein, um rechtliche Unsicherheiten zu vermeiden und die Umsetzbarkeit zu verbessern. Zudem unterstützen wir die Rücknahme der geplanten Begrenzung von Vorauszahlungen auf 25 Prozent, da diese die Liquidität der Anbieter gefährdet, ohne das Hauptproblem – die Flugkomponente – zu lösen.

Betroffenes geltendes Recht:

BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; E-Commerce [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Internetpolitik [alle RV hierzu]; Tourismus [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

11. Sicherung der Entsendung von Zeitarbeitskräften in Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser

Beschreibung:

DGA unterstützt die „Unternehmensinitiative Zeitarbeit sichert Pflege“ bei der politischen Kommunikation rund um die Entsendung von Fachkräften in Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser. Dabei liegt der Fokus auf der Hervorhebung der großen Bedeutung des Einsatzes von Zeitarbeitskräften in diesen Einrichtungen. Ziel ist das Engagement gegen Einschränkungen des Einsatzes von Zeitarbeit im Bereich der Pflege und die Verdeutlichung der wichtigen Funktion von Zeitarbeit in der Pflege für Einrichtungen und Patientinnen und Patienten.

Betroffenes geltendes Recht:

AÜG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Parlamentarisches Verfahren [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]

12. Rechtssicherheit bei der Beauftragung von Selbständigen

Beschreibung:

DGA unterstützt den Bundesverband bei der Schaffung einer Rechtssicherheit bei der Beauftragung von Selbständigen. Dabei stehen die klare Abgrenzung von abhängiger Beschäftigung zu Selbständigkeit (SGB IV / BGB) sowie die Abgrenzung von Dienst- und Werkverträgen zu Arbeitsverträgen im Vordergrund. Ein anderer Schwerpunkt liegt auf der Modernierung des Statusfeststellungsverfahrens nach §7a SGB IV.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 4 [alle RV hierzu]; BGB [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Parlamentarisches Verfahren [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung" [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

13. Einführung eines Mobilitätsdatengesetzes

Beschreibung:

DGA unterstützt den Kunden Waymo bei der Begleitung der Einführung eines Mobilitätsdatengesetzes. Ein verbesserter Zugang zu Mobilitätsdaten kann neue

Geschäftsbereiche öffnen und den Mobilitätsmarkt vorantreiben. Dabei gilt es, wettbewerbsrelevante Daten zu schützen und einer möglichen Wettbewerbsverzerrung entgegenzuwirken.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 496/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Bereitstellung und Nutzung von Mobilitätsdaten und zur Änderung des Personenbeförderungsgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMDV (20. WP) [alle RV hierzu]

Zuvor:

Referentenentwurf (BMDV) (20. WP): Entwurf eines Gesetzes zur Bereitstellung und Nutzung von Mobilitätsdaten und zur Änderung des Personenbeförderungsgesetzes (Vorgang)

Interessenbereiche:

Automobilwirtschaft [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Parlamentarisches Verfahren [alle RV hierzu]; Personenverkehr [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Verkehr" [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

14. Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie

Beschreibung:

DGA unterstützt den Kunden OVHcloud bei der Ausgestaltung des Entwurfs für ein Gesetz zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie (vormals NIS2UmsuCG) zur ganzheitlichen Stärkung der Cyberresilienz. Dabei liegt ein Schwerpunkt auf den Themen Cybersicherheit bei Rechenzentren, europäische Souveränität und Cyberresilienz im Allgemeinen.

Vom IV eingegebener Referentenentwurfstitel:

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie

Datum des Referentenentwurfs: 23.06.2025

Federführendes Ministerium: Bundesministerium des Innern (BMI) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Cybersicherheit [alle RV hierzu]; Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]

15. Aussetzung der Übertragung der Übererfüllung der THG-Quote für die Jahre 2025 und 2026 (38. BImSchV)

Beschreibung:

Um die Nachfrage kurzfristig auf das von der THG-Quote vorgesehene Niveau zu heben, wird die Übertragung von Übererfüllungen für zwei Jahre ausgesetzt. Somit können Verpflichtete in den Jahren 2025 und 2026 zur Erfüllung ihrer Verpflichtung nur Erfüllungsoptionen nutzen, die in diesen Jahren eingesetzt wurden. DGA unterstützt den Kunden Neste dabei, 1. Die Übertragung der Übererfüllung der Mindestquote für fortschrittliche Biokraftstoffe nach §14 Absatz 4 Nummer 2 der 38. BImSchV auszusetzen. 2. Die THG-Quote im Rahmen der „RED III“- Umsetzung bereits ab dem Jahr 2026 erheblich

anzuheben und gleichzeitig das System der Mehrfachanrechnungen schrittweise abzubauen. Hierüber sollte ein Zielpfad hin zur Klimaneutralität in 2045 etabliert werden.

Betroffenes geltendes Recht:

BImSchV 38 2017 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Immissionsschutz [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (14)

1. Auftrag

Die Deutsche Gesellschaft für Orthopädie und Orthopädische Chirurgie e. V. (DGOOC) ist eine medizinische Fachgesellschaft mit dem Ziel der Förderung der orthopädischen Wissenschaft in Forschung, Lehre und praktischer Anwendung.

DGA unterstützt die DGOOC mit dem Ziel, die Versorgungsqualität im Bereich der Orthopädie zu verbessern bzw. sicherzustellen. Hauptthemen sind hierbei die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung sowie Optimierung der Krankenhausstrukturen für die Gewährleistung einer effektiven und effizienten Patientenversorgung.

DGA unterstützt die DGOOC in folgenden Bereichen: Analyse der politischen Strukturen und Auswahl von relevanten politischen AnsprechpartnerInnen, Unterstützung bei der Formulierung von politischen Zielen und Botschaften sowie Beratung zum strategischen Vorgehen zur Erreichung der Ziele der DGOOC im politischen Raum. Darüber hinaus ist auch die Begleitung zu Gesprächen mit politischen AnsprechpartnerInnen Bestandteil des Auftrages.

Interessenbereiche: Gesundheitsversorgung

Konkrete Regelungsvorhaben: Gesetz zum Implantateregister Deutschland

(Implantateregistergesetz - IRegG), Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsqualität im Krankenhaus (Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz - KHVVG)

Auftraggeber/-innen (1):

1. Deutsche Gesellschaft für Orthopädie und Orthopädische Chirurgie e. V.

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/24 bis 12/24:

1 bis 50.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (2):

Betraute Personen (2):

1. Heiko Weiß

2. Dipl.-Volksw. Heiko Weiß

Funktion: Geschäftsführer (alleinvertretungsberechtigt)

2. Auftrag

Sherwin-Williams ist ein weltweit führender Hersteller von Farben und Beschichtungen. Durch Übernahmen ist der Standort Deutschland kontinuierlich ausgebaut worden und umfasst heute sieben Werke.

DGA unterstützt Sherwin-Williams nicht in Verbindung mit einem konkreten Regelungsvorhaben. Die Unterstützung richtet sich aktuell auf folgende Bereiche: Beobachtung politischer Prozesse sowie deren Einordnung und Einschätzung der Folgen für die Geschäftstätigkeit von Sherwin-Williams in Deutschland. Dabei reichen die politischen Themen, die beobachtet werden, von Energiepreisen bis hin zu Chemiepolitik. Daneben findet eine Marktbeobachtung der Chemiebranche statt. Zudem unterstützt DGA Sherwin-Williams beim Verbändemanagement.

DGA berät Sherwin-Williams an den verschiedenen Standorten auch bei der Gestaltung von Veranstaltungen vor Ort. Dabei findet teils eine Beratung zur Auswahl politischer AnsprechpartnerInnen statt. Eine vor Ort-Begleitung kann Bestandteil des Auftrages sein.

Interessenbereiche: Allgemeine Energiepolitik, EU-Gesetzgebung, Lebensmittelsicherheit, Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz, Parlamentarisches Verfahren, Politisches Leben, Parteien, Sonstiges im Bereich "Energie", Sonstiges im Bereich "Umwelt"

Konkrete Regelungsvorhaben: Dieser Auftrag bezieht sich auf kein konkretes Regelungsvorhaben

Auftraggeber/-innen (1):

1. Sherwin-Williams Deutschland GmbH

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/24 bis 12/24:
50.001 bis 100.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (2):

Betraute Personen (2):

1. **Vincent Oliver William Dunn**

2. **Dipl.-Volksw. Heiko Weiß**

Funktion: Geschäftsführer (alleinvertretungsberechtigt)

3. Auftrag

Lockheed Martin mit Hauptsitz in Bethesda, Maryland, USA, ist ein weltweit tätiges Sicherheits-, Luft- und Raumfahrtunternehmen. DGA unterstützt Lockheed Martin nicht in Verbindung mit einem konkreten Regelungsvorhaben.

Die Unterstützung durch DGA deckt folgende Tätigkeiten ab: Beobachtung politischer Prozesse, Vorhaben und Entwicklungen, Analyse sowie deren Einordnung in die politische Landschaft sowie der Einschätzung der Folgen für die Geschäftstätigkeit von Lockheed Martin. Die politischen Themen, die dabei beobachtet werden, decken schwerpunktmäßig folgende Gebiete ab: Sicherheitspolitik, Außenpolitik, Verteidigungspolitik, Rüstungs- sowie Beschaffungspolitik, Bundeswehr und Streitkräfte. Neben der Bewertung und Analyse von politischen Themen findet auch eine Marktbeobachtung der wehrtechnischen Industrie statt.

Interessenbereiche: Bundeswehrangelegenheiten, EU-Gesetzgebung, Luft- und Raumfahrt, Parlamentarisches Verfahren, Politisches Leben, Parteien, Rüstungsangelegenheiten, Verteidigungspolitik

Konkrete Regelungsvorhaben: Dieser Auftrag bezieht sich auf kein konkretes Regelungsvorhaben

Auftraggeber/-innen (1):

1. Lockheed Martin Overseas Services Corporation

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/24 bis 12/24:
50.001 bis 100.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (1):

Betraute Personen (1):

1. **Dipl.-Volksw. Heiko Weiß**

Funktion: Geschäftsführer (alleinvertretungsberechtigt)

4. **Auftrag**

Expedia ist ein Online-Reiseunternehmen. DGA unterstützt Expedia bei der Analyse und Einschätzung von politischen Vorhaben im Bereich der Touristik und Digitalwirtschaft. DGA berät bei der Ansprache politischer AnsprechpartnerInnen, bei der Formulierung von politischen Botschaften und Texten, und in Bezug auf strategische Positionierung. Neben dem genannten konkreten Regelungsvorhaben stehen zwei weitere Themen im Fokus: a) Umsetzung der EU-Verordnung zur Kurzzeitvermietung. Ziel ist eine effektive Umsetzung der EU-Verordnung innerhalb der Frist bis Anfang 2026, insbesondere in Bezug auf digitale Registrierungsverfahren, wobei ein bundesweit einheitlicher Rahmen für Registrierungsverfahren angestrebt wird, um eine Fragmentierung zu minimieren. b) Das EU Mehrwertsteuerpaket im digitalen Zeitalter. Hierbei wird das Thema des „deemed supplier regime“ (DSR) im Fokus stehen, über den eine Mehrwertsteuerpflicht für bisher mehrwertsteuerfreie Dienstleistungen eingeführt werden könnte.

Interessenbereiche: Digitalisierung, E-Commerce, EU-Gesetzgebung, Handel und Dienstleistungen, Internetpolitik, Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben, Parlamentarisches Verfahren, Tourismus, Verbraucherschutz, Wettbewerbsrecht

Konkrete Regelungsvorhaben: Revision der Richtlinie (EU) 2015/2302 über Pauschalreisen und verbundene Reiseleistungen und BGB § 651 ff.

Auftraggeber/-innen (1):

1. Expedia, Inc.

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/24 bis 12/24:
100.001 bis 150.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (3):

Betraute Personen (3):

1. **Christiane Franziska Siron**

2. **Marcel Hermann**

3. **Dipl.-Volksw. Heiko Weiß**

Funktion: Geschäftsführer (alleinvertretungsberechtigt)

5. Auftrag

OVHcloud ist europäischer Marktführer im Cloud-Segment. DGA analysiert die politische Stakeholder-Landschaft, unterstützt bei der Auswahl und Ansprache politischer AnsprechpartnerInnen für Gespräche, hilft bei der Organisation von Unternehmensveranstaltungen, berät bei der Formulierung von Positionspapieren und Stellungnahmen, und hilft bei der strategischen Positionierung.

Neben dem genannten konkreten Regelungsvorhaben stehen weitere Themen im Fokus: a) Aufbau einer deutschen Verwaltungscloud. Ziele sind die Implementierung einer deutschen Verwaltungscloud-Strategie unter Berücksichtigung der Datensicherheit und einer souveränen Lösung von europäischen Cloud-Anbietern. b) Quantum Computing - Unterstützung der Entwicklung und Förderung eines Quantencomputing Ökosystems in Deutschland/Europa. Ziel ist es, die Entwicklung eines robusten Quantencomputing Ökosystems zu fördern, um die Nutzung der Technologie innerhalb der europäischen Quanten- und Forschungsgemeinschaft voranzubringen.

Interessenbereiche: Allgemeine Energiepolitik, Cybersicherheit, Datenschutz und Informationssicherheit, Digitalisierung, Energienetze, Erneuerbare Energien, EU-Gesetzgebung, Internetpolitik, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz, Wettbewerbsrecht

Konkrete Regelungsvorhaben: Energieeffizienzgesetz (EnEfG) - Anpassung und Implementierung der EU Richtlinie, Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie (NIS2UmsuCG), EU-Digitalpolitik mit dem Fokus auf Implementierung, Wettbewerbsfähigkeit, Benutzerfreiheit, Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie

Auftraggeber/-innen (1):

1. **OVH GmbH**

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/24 bis 12/24:

50.001 bis 100.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (4):

Betraute Personen (4):

1. **Christiane Franziska Siron**

2. **Marcel Hermann**

3. **Vincenz Ruschemeier**

4. **Dipl.-Volksw. Heiko Weiß**

Funktion: Geschäftsführer (alleinvertretungsberechtigt)

6. Auftrag

Neste ist der weltweit führende Hersteller von nachhaltigem Flugzeugtreibstoff (SAF) und erneuerbarem Diesel. Neste verarbeitet Abfälle, Reststoffe und innovative Rohstoffe zu erneuerbaren Kraftstoffen und nachhaltigen Rohstoffen für Kunststoffe und andere Materialien.

DGA analysiert für Neste die politische Stakeholder-Landschaft, unterstützt bei der Auswahl und Ansprache politischer AnsprechpartnerInnen und hilft bei der Organisation, Konzeption und der thematischen Vorbereitung von politischen Gesprächen wie auch politischen Veranstaltungen. Auch berät DGA bei der Formulierung von Positionspapieren und politischen Botschaften sowie in Bezug auf die strategische Positionierung. Hierbei ist nicht nur das Ziel, eine positive Regulierung zu erwirken, sondern auch das Thema erneuerbarer Kraftstoffe erklärend in die Politik zu tragen.

Interessenbereiche: Allgemeine Energiepolitik, Erneuerbare Energien, EU-Gesetzgebung, Fossile Energien, Immissionsschutz, Klimaschutz, Luft- und Raumfahrt, Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz, Sonstiges im Bereich "Umwelt", Sonstiges im Bereich "Verkehr", Verkehrspolitik

Konkrete Regelungsvorhaben: Änderung des BImSchG zur Umsetzung der Revision der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III), Zulassung von HVO100 durch Aufnahme der DIN EN 15940 in die 10. BImSchV, Änderung der THG-Quote und Abschaffung von UER-Maßnahmen durch Novelle der 36. BImSchV, Neuregelung der Anrechnung von erneuerbaren Kraftstoffen nicht-biogenen Ursprungs durch Änderung der 37. BImSchV, Aussetzung der Übertragung der Übererfüllung der THG-Quote für die Jahre 2025 und 2026 (38. BImSchV)

Auftraggeber/-innen (1):

1. Neste Germany GmbH

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/24 bis 12/24:

50.001 bis 100.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (3):

Betraute Personen (3):

1. **Vincent Oliver William Dunn**

2. **Vincenz Ruschemeier**

3. **Dipl.-Volksw. Heiko Weiß**

Funktion: Geschäftsführer (alleinvertretungsberechtigt)

7. Auftrag

DGA berät die figawa als technisch-wissenschaftliche Vereinigung von Hersteller- und Dienstleistungsunternehmen von Energie- und Wasseranwendungen hinsichtlich folgender Ziele: a) Förderung einer einheitlichen Standardisierung und b) Engagement in wettbewerbskonformen Normungs- bzw. Regelsetzungsverfahren.

DGA deckt hierzu folgende Tätigkeiten ab: Beobachtung politischer Prozesse, Vorhaben und

Entwicklungen, Analyse sowie deren Einordnung in die politische Landschaft sowie der Einschätzung der Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der figawa. Dabei wird eine große Spanne von politischen Themen abgedeckt, von Energiethemen, Klimaschutz, Nachhaltigkeit bis hin zu beruflicher Bildung und Verbraucherschutz. Neben der thematischen Begleitung der figawa analysiert DGA auch die politische Stakeholder-Landschaft, unterstützt bei der Auswahl und Ansprache politischer AnsprechpartnerInnen, und hilft bei der Organisation und der thematischen Vorbereitung von politischen Gesprächen.

Interessenbereiche: Allgemeine Energiepolitik, Arbeitsmarkt, Arbeitsrecht /Arbeitsbedingungen, Energienetze, Erneuerbare Energien, EU-Gesetzgebung, Fossile Energien, Handel und Dienstleistungen, Immissionsschutz, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz, Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung", Sonstiges im Bereich "Energie", Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen", Sonstiges im Bereich "Umwelt", Verbraucherschutz, Wettbewerbsrecht

Konkrete Regelungsvorhaben: Dieser Auftrag bezieht sich auf kein konkretes Regelungsvorhaben

Auftraggeber/-innen (1):

1. figawa e.V.

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/24 bis 12/24:
1 bis 50.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (1):

Betraute Personen (1):

1. **Björn Sacknies**

8. Auftrag

Die Unternehmensinitiative „Zeitarbeit sichert Pflege“ ist ein Zusammenschluss von Personal- und Gesundheitsdienstleistern, die Fachkräfte in Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser entsenden.

DGA unterstützt die Unternehmensinitiative bei der politischen Kommunikation. Dabei liegt der Fokus auf der Hervorhebung der großen Bedeutung des Einsatzes von Zeitarbeitskräften in Einrichtungen des Gesundheitssektors. Ziel ist, durch Aufklärung im politischen Raum die Entsendung von Zeitarbeitskräften sicherzustellen und Einschränkungen des Einsatzes von Zeitarbeit im Bereich der Pflege zu minimieren.

DGA unterstützt dafür mit der Beobachtung und Analyse politischer Prozesse, Vorhaben und Entwicklungen im Bereich der Zeitarbeit. Neben der thematischen Begleitung der Unternehmensinitiative unterstützt DGA auch bei der Organisation politischer Gespräche und berät darüber hinaus bei der strategischen Positionierung.

Interessenbereiche: Arbeitsmarkt, Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen, EU-Gesetzgebung, Gesundheitsversorgung, Parlamentarisches Verfahren, Pflege, Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"

Konkrete Regelungsvorhaben: Sicherung der Entsendung von Zeitarbeitskräften in Pflegeeinrichtungen und Krankenhäuser

Auftraggeber/-innen (1):

1. **Unternehmensinitiative Zeitarbeit sichert Pflege**

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/24 bis 12/24:

1 bis 50.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (2):

Betraute Personen (2):

1. **Christiane Franziska Siron**

2. **Björn Sacknies**

9. Auftrag

APSCo ist in der Recruitment-Branche engagiert und vertritt seine Mitgliedsunternehmen aus dem Bereich des Staffing.

DGA berät APSCo bei der politischen Kommunikation und Positionierung im Umfeld der Recruitment-Branche. Dabei unterstützt DGA APSCo mit der Beobachtung und Analyse politischer Prozesse, Vorhaben und Entwicklungen, insbesondere in den Bereichen Arbeitnehmerüberlassung, Festanstellungsvermittlung und freiberufliche Projektvermittlung. Neben dem Monitoring politischer Prozesse gehört auch die Anbahnung, Vorbereitung und Durchführung von Terminen mit politischen AnsprechpartnerInnen dazu.

Der Auftrag bezieht sich auf keine konkreten Regelungsvorhaben.

Interessenbereiche: Arbeitsmarkt, Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen, Datenschutz und Informationssicherheit, EU-Gesetzgebung, Parlamentarisches Verfahren, Politisches Leben, Parteien, Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung"

Konkrete Regelungsvorhaben: Dieser Auftrag bezieht sich auf kein konkretes Regelungsvorhaben

Auftraggeber/-innen (1):

1. **APSCo Deutschland GmbH**

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/24 bis 12/24:

1 bis 50.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (2):

Betraute Personen (2):

1. **Christiane Franziska Siron**

2. **Björn Sacknies**

10. Auftrag

Der Bundesverband für selbständige Wissensarbeit e.V. verfolgt den Zweck, auf die wichtige Funktion externer Spezialisten für den Standort Deutschland aufmerksam zu machen.

DGA unterstützt den Bundesverband durch die Anbahnung und Durchführung von Gesprächen mit politischen AnsprechpartnerInnen, durch die Teilnahme an Veranstaltungen sowie die Unterstützung bei der Erstellung von Stellungnahmen. Darüber hinaus managed DGA die Geschäftsstelle des Bundesverbandes.

Neben dem konkreten Regelungsvorhaben unterstützt DGA noch in zwei weiteren Themen:
a) Nationale Umsetzung der EU-Plattformrichtlinie. DGA unterstützt hier bei der Begleitung der Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht. Ziel ist eine klare Definition von digitalen Arbeitsplattformen und die Vermeidung von Unsicherheit für die Beauftragung von Selbständigen im Rahmen von Projektarbeit. b) Altersvorsorgepflicht von Selbständigen: DGA unterstützt dabei, eine verpflichtende Altersvorsorge für Selbständige einzuführen.

Interessenbereiche: Arbeitsmarkt, Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen, Datenschutz und Informationssicherheit, EU-Gesetzgebung, Parlamentarisches Verfahren, Sonstiges im Bereich "Arbeit und Beschäftigung", Wettbewerbsrecht

Konkrete Regelungsvorhaben: Rechtssicherheit bei der Beauftragung von Selbständigen

Auftraggeber/-innen (1):

1. Bundesverband für selbständige Wissensarbeit e.V.

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/24 bis 12/24:

100.001 bis 150.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (2):

Betraute Personen (2):

1. **Christiane Franziska Siron**

2. **Björn Sacknies**

11. Auftrag

Waymo ist ein Unternehmen für autonome Fahrtechnologie. DGA unterstützt Waymo bei dem Einsatz für Rahmenbedingungen, die den kommerziellen Einsatz von vollständig autonomer Fahrtechnologie ermöglichen. Dafür beobachtet und analysiert DGA Gesetzesvorhaben im Bereich des autonomen Fahrens. Darüber hinaus unterstützt DGA bei der inhaltlichen Vorbereitung von Gesprächen mit politischen AnsprechpartnerInnen - darunter fallen auch Besuche von Vertretern der Bundesregierung/Bundestages an den Standorten für autonomes Fahren in den USA.

Neben dem konkreten Regelungsvorhaben standen in der Vergangenheit auch politische Verfahren ohne konkrete Maßnahmen im Fokus, darunter das Gesetz zum autonomen Fahren, die Verordnung zur Genehmigung und zum Betrieb von Kraftfahrzeugen mit autonomer Fahrfunktion in festgelegten Betriebsbereichen, und die Durchführungsverordnung EU 2022/1426 für die Typgenehmigung des automatisierten Fahrsystems (ADS) vollautomatisierter Fahrzeuge.

Interessenbereiche: Automobilwirtschaft, Datenschutz und Informationssicherheit, Digitalisierung, EU-Gesetzgebung, Parlamentarisches Verfahren, Sonstiges im Bereich "Verkehr", Straßenverkehr, Verkehrspolitik, Wettbewerbsrecht

Konkrete Regelungsvorhaben: Einführung eines Mobilitätsdatengesetzes

Auftraggeber/-innen (1):

1. **Waymo LLC**

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/24 bis 12/24:
50.001 bis 100.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (3):

Betraute Personen (3):

1. **Marcel Hermann**
2. **Vincenz Ruschemeier**
3. **Dipl.-Volksw. Heiko Weiß**

Funktion: Geschäftsführer (alleinvertretungsberechtigt)

12. Auftrag

Eaton Electric ist in den Bereichen Hightech-Fertigung, Forschung und Entwicklung sowie Verwaltung tätig und hilft mit nachhaltigen Lösungen dabei, elektrische, hydraulische und mechanische Energie effektiv zu steuern und einzusetzen.

Für Eaton beobachtet und analysiert DGA Gesetzesvorhaben und Entwicklungen insbesondere in den Bereichen SF6-Regulierung, Strommarktflexibilität, Energieforschung, Ladesäulenausbau und Digitalisierung der Stromnetze. Ein weiterer Fokus liegt auf der Sichtung und Analyse passender Förderprogramme. DGA unterstützt zudem bei der inhaltlichen Vorbereitung von Gesprächen mit politischen AnsprechpartnerInnen. Dafürber hinaus berät DGA Eaton bei Fragen der strategischen Positionierung mit dem Ziel, einen schnellen und nachhaltigen Wandel hin zu einem fossilfreien Stromsystem zu unterstützen. Der Auftrag bezieht sich auf keine konkreten Regelungsvorhaben.

Interessenbereiche: Allgemeine Energiepolitik, Datenschutz und Informationssicherheit, Digitalisierung, Energienetze, Erneuerbare Energien, EU-Gesetzgebung, Fossile Energien, Immissionsschutz, Klimaschutz, Kommunikations- und Informationstechnik, Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz, Parlamentarisches Verfahren, Sonstiges im Bereich "Energie", Sonstiges im Bereich "Raumordnung, Bau- und Wohnungswesen", Sonstiges im Bereich "Umwelt", Sonstiges im Bereich "Verkehr"

Konkrete Regelungsvorhaben: Dieser Auftrag bezieht sich auf kein konkretes Regelungsvorhaben

Auftraggeber/-innen (1):

1. **Eaton Electric GmbH**

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/24 bis 12/24:

100.001 bis 150.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (4):

Betraute Personen (4):

1. **Marcel Hermann**
2. **Vincenz Ruschemeier**
3. **Björn Sackniew**
4. **Dipl.-Volksw. Heiko Weiß**

Funktion: Geschäftsführer (alleinvertretungsberechtigt)

13. Auftrag

Das Endoprothesenregister Deutschland (EPRD) ist ein Gemeinschaftsprojekt von Ärzten, Kliniken, Krankenkassen und Industrie. Als freiwilliges medizinisches Register sammelt es seit 2012 Daten zur Versorgung mit Hüft- und Knieendoprothesen, verknüpft diese systematisch mit Routinedaten und wertet die Informationen mit Blick auf die Qualität der Implantate und die medizinische Behandlung aus. So kann das EPRD belastbare Aussagen zur Versorgungsqualität treffen und Verbesserungspotenziale aufzeigen.

DGA unterstützt das EPRD insbesondere mit der Analyse von politischen Prozessen und dem Monitoring. Da das EPRD ein Interesse hat, mit dem Implantateregister Deutschland (IRD) des Bundesgesundheitsministeriums zusammen zu arbeiten, wird das EPRD auch hierbei bei der strategischen Positionierung und der Unterstützung der Formulierung von Positionen und Argumenten unterstützt.

Interessenbereiche: Datenschutz und Informationssicherheit, Digitalisierung, Gesundheitsversorgung

Konkrete Regelungsvorhaben: Gesetz zum Implantateregister Deutschland (Implantateregistergesetz - IRegG)

Auftraggeber/-innen (1):

1. EPRD Deutsche Endoprothesenregister gGmbH

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/24 bis 12/24:

1 bis 50.000 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (2):

Betraute Personen (2):

1. **Heiko Weiß**
2. **Dipl.-Volksw. Heiko Weiß**

Funktion: Geschäftsführer (alleinvertretungsberechtigt)

14. Auftrag

Die Public Affairs - Unterstützung bezieht sich auf die Beobachtung der politischen Entwicklungen im Bereich Migrationspolitik. Aktuell sind noch keine konkreten Gesetzgebungsvorhaben im Fokus von Serco Services.

Interessenbereiche: Asyl und Flüchtlingschutz, Ausländer- und Aufenthaltsrecht, Integration, Migration, Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration"

Konkrete Regelungsvorhaben: Dieser Auftrag bezieht sich auf kein konkretes Regelungsvorhaben

Auftraggeber/-innen (1):

1. Serco Services GmbH

Erhaltene Finanzmittel im letzten abgelaufenen Geschäftsjahr 01/24 bis 12/24:
0 Euro

Eingesetzte Personen bzw. Unterauftragnehmer/-innen (3):

Betraute Personen (3):

1. **Christiane Franziska Siron**
2. **Marcel Hermann**
3. **Dipl.-Volksw. Heiko Weiß**

Funktion: Geschäftsführer (alleinvertretungsberechtigt)

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

[Report-Annual-Financial-Statement-FY2023-DGA-Group-Germany-GmbH.pdf](#)

Eigener Verhaltenskodex

[degepol_Verhaltenskodex.pdf](#)